

Forumsbeitrag für kath.ch und kipa-apic

Unbedarf! – Blick und Kipa zu Fragen der Kirchenfinanzierung

Genüsslich und selbstverständlich selektiv greift der BLICK vom 1. April eine Stichproben-Umfrage auf, die von der katholischen Presseagentur Kipa durchgeführt und deren Ergebnisse am 31. März 2011 unter dem Titel «Mandatssteuer hätte an der Urne Chancen» veröffentlicht wurden. Aufgrund einer Befragung von knapp 100 Personen halten die Zwischentitel im Tagesdienst der Kipa unter anderem fest: «Bestehendes System hat massiv an Rückhalt verloren» und «Katholiken verlieren Bezug zu Orts- und Landeskirche».

Der BLICK stellt seine Zusammenfassung unter den Titel «Nur die Hälfte glaubt an die Kirchensteuer» und bildet daneben den Churer Generalvikar Martin Grichting ab. Philippe Pfister, der dessen Idee einer Mandatssteuer schon im Sonntagsblick bereitwillig eine Plattform geboten hatte, stellt seinen Kommentar unter den Titel «Unbedarf, unerhört?» und unterstellt, es gehe den «Kirchenfunktionären» (und namentlich mir als Generalsekretär der RKZ) darum, eine «lästige, aber umso notwendigere Debatte abzuwürgen». Dem Kirchensteuersystem unterstellt er, es verletze die Religionsfreiheit, denn «es hilft ein System finanzieren, das ein ganz bestimmtes Kirchenverständnis pflegt.» Die Kirchgemeinden täten viel Gutes und bräuchten dafür Geld. «Aber die Frage, wo dieses Geld künftig herkommen soll, muss erlaubt sein.»

Obwohl damit weitere Meinungsäusserungen meinerseits im Verdacht stehen, bloss «lästige Debatten abwürgen» zu wollen, ist es unumgänglich, einige Fragen zu stellen und einige Dinge festzuhalten.

Diskussionen um die Kirchenfinanzierung nicht abwürgen, sondern sachlich führen

Es ist eine Tatsache, dass die Diskussion um die Kirchenfinanzierung (und die Finanzierung von Religionsgemeinschaften) lebhafter geführt wird als auch schon – in den Medien, in der Politik, auch in den Kirchen selbst. Das gilt nicht nur für die Schweiz, sondern auch für Deutschland oder Frankreich. Für die Kirchen bietet diese Debatte die Chance, sichtbar zu machen, wofür sie Geld brauchen und woher es kommt. Da unser Kirchensteuersystem transparent und demokratisch legitimiert ist, und da niemand gezwungen ist, gegen seinen Willen Kirchensteuern zu bezahlen, müssen die Kirchgemeinden, die Landeskirchen und die RKZ vor dieser Diskussion keine Angst haben. Denn entgegen der Behauptung des Blick-Journalisten wird die Religionsfreiheit voll respektiert. Und es sind bei den Kirchensteuern die Kirchenmitglieder selbst, die das Geld aufbringen, nicht der Staat. Es geht also nicht darum, Diskussionen abzuwürgen, sondern darum, sie sachlich und unter Kenntnis der Fakten zu führen.

Von einer Urnenabstimmung ist die Mandatssteuer noch weit entfernt, falls es je dazu kommt

Mit der angesichts des Resultats der Umfrage reichlich gewagten Überschrift «Mandatssteuer hätte an der Urne Chancen» legt die Kipa nahe, es wäre ein Leichtes, sie zur Abstimmung zu bringen. Und in ihren Informationen zum System der Mandatssteuer schreibt sie, da wähle «der Steuerpflichtige selber, welcher Institution seine Abgabe zugute kommen soll. Er hat die Wahl zwischen einer Kirche oder Religionsgemeinschaft, dem Staat oder einer sonstigen gemeinnützigen Vereinigung. Alle Steuerpflichtigen müssten diese Steuer entrichten.» Das wirft die Frage auf, was den Passanten auf der Strasse wohl gesagt wurde – und was nicht.

Denn die Mandatssteuer wäre eine Steuer, die *alle* bezahlen müssen, ganz unabhängig, ob sie einer Kirche angehören oder nicht. Und sie wäre nur unter der Voraussetzung denkbar, dass sie auf Bundesebene, also für die ganze Schweiz eingeführt würde. Dies im Gegensatz zur Jahrhunderte alten Tradition, dass die Beziehungen von Kirche und Staat kantonal geregelt werden. Das in einer Zeit, in der die Kirchendistanz zunimmt und in einem Land, in dem mehrere Kantone keine Kirchensteuern kennen.

In diesem Umfeld und in Zeiten allgegenwärtiger Rufe nach Steuersenkungen im Parlament und in einer Volksabstimmung eine neue Religionssteuer einführen zu wollen, ist mehr als realitätsfremd. Und deshalb müssen sich die Vertreter einer Mandatssteuer – und jene, die diese Idee in den Medien verbreiten – das Urteil gefallen lassen, das sei wirklich «unbedarf» und arbeite letztlich jenen Kräften zu, die die Stellung der Kirchen in der Gesellschaft schwächen wollten.

Die Kirchen sind ihr Geld wert

Es ist naheliegend, dass mit dem Thema wenig vertraute Leute leicht Ja sagen, wenn man ihnen wie die Kipa in einer Umfrage vorschlägt, sie könnten wählen, wofür ihre Steuern eingesetzt würden und dann wohl noch ergänzt, in anderen Ländern funktioniere das gut und sei für die Steuerzahlenden erst noch billiger.

Aber was, wenn man ergänzen würde: Die Mandatssteuer käme in der katholischen Kirche direkt den Bischöfen zu Gute – die Kirchgemeinden und Landeskirchen würden abgeschafft, und die Laien könnten bei der Verteilung des Geldes nicht mehr mitreden? Will die Mehrheit wirklich, dass das Geld «oben» bei der Hierarchie eingeht – und nicht «unten» demokratisch verwaltet wird? Wie nähmen die Konfessionslosen Stellung, wenn man ihnen sagen würde, auch sie müssten diese Mandatssteuer bezahlen? Wie fiele die Stellungnahme aus, wenn man auch sagen würde, dass auf der Basis einer Mandatssteuer viel weniger Geld für Soziales, für die Hilfe an Notleidenden, für Spitalseelsorge und Jugendarbeit zur Verfügung stünde?

Dass die Menschen ganz anders urteilen, wenn sie sachgerecht zur Kirchenfinanzierung befragt werden, zeigt eine Nationalfondsstudie aus dem letzten Jahr. Sie ergab, dass die Bevölkerung bereit ist, jährlich durchschnittlich 300 bis 500 Franken für die Kirche zu bezahlen – und dies nicht nur für ihre soziale Arbeit, sondern auch für Seelsorge und Beratung, Gottesdienste und Feiern im Lebenslauf. Diese Meinung wird nicht nur von kirchlich engagierten, sondern sogar von erstaunlich vielen Konfessionslosen geteilt.

Trotzdem sind die Kirchen herausgefordert, schwierige Fragen weiter zu verfolgen

Strassenumfragen, mit denen ausgerechnet eine kirchliche Presseagentur den Steilpass für Schlagzeilen in einer Boulevardzeitung gibt, die gleichentags ebenso genüsslich den Konflikt zwischen «Bischof und Sex-Pfarrer» bewirtschaftet, sind wirklich «unbedarf». Sie behindern die Diskussion mehr, als dass sie ihr dienen. Aber es wäre ebenso «unbedarf», sich den eigentlichen Fragen nicht zu stellen.

1. Die Zahl der Kirchendistanzierten nimmt seit Jahrzehnten unaufhaltsam zu. Sie hat in der katholischen Kirche sogar 66% erreicht, während sich nur noch 23% der Kirche und dem Glauben fest verbunden fühlen. Diese Zunahme der Kirchendistanz ist in erster Linie eine Herausforderung an das Wirken der Kirche, an ihre Glaubwürdigkeit und ihre Präsenz in der Gesellschaft. Aber natürlich hat sie auch eine finanzielle Dimension und wirft die Frage auf, ob die Kirche ihre finanziellen Mittel nicht vermehrt für diese grosse Mehrheit einsetzen sollte, statt sich einseitig auf die Bedürfnisse der kleiner werdenden Kerngemeinden auszurichten.

2. Unsere Religionslandschaft wird immer vielfältiger. Neben den grossen Kirchen haben insbesondere die Muslime an Zahl und Bedeutung zugenommen. Aber es gibt auch andere, kleine Religionsgemeinschaften, die zum guten Zusammenleben in der Gesellschaft beitragen. Im Hinblick auf die staatliche Anerkennung dieser Religionsgemeinschaften, aber auch im Blick auf Staatsbeiträge und auf Kirchensteuern juristischer Personen signalisieren die Kirchen seit längerer Zeit, dass eine Öffnung wünschenswert wäre. Es wäre nun an der Zeit, hier weiter zu denken und konkreter zu werden.

Auch wenn der BLICK aus Beiträgen der Kipa, die in diese Richtung gehen, wohl weder Schlagzeilen noch Kommentare machen wird, könnten sie eine ernsthafte Diskussion in der Kirche und vielleicht sogar in politischen Kreisen auslösen, wie das Verhältnis von Kirche und Staat und die Fragen der Finanzierung von Kirchen und Religionsgemeinschaften zeitgemäss und zukunftsgerichtet geregelt werden könnten.

Zürich, den 1. April 2011

Daniel Kosch